Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 692

Interpellation

der Abgeordneten Dr. Kather, Wackerzapp, Kuntscher und Genossen

betr.: Wartegeld und Pensionen der heimatvertriebenen Beamten.

Der Bundestag hat durch einstimmigen Beschluß vom 2. Dezember 1949 die Bundesregierung ersucht, „durch eine Rechtsverordnung . . . . die Gleichstellung der ruhegehaltsberechtigten heimatvertriebenen Beamten, Angestellten und Lohnempfänger mit den einheimischen Versorgungsberechtigten mit sofortiger Wirkung herbeizuführen und die Auszahlung der gesetzlichen Wartegelder an die nichtbeschäftigten und nicht ruhegehaltsberechtigten heimatvertriebenen Beamten anzuordnen, gegebenenfalls eine Gesetzesvorlage, die den vorstehenden Forderungen entspricht, unverzüglich vorzulegen."

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Weshalb war es in den vergangenen 3 Monaten nicht möglich, diesem Verlangen des Bundestages zu entsprechen?
2. Ist die Regierung bereit, dem Anspruch der heimatvertriebenen Beamten, Angestellten und Lohnempfänger auf volle Gleichstellung gemäß ihrem eigenen Versprechen in der Regierungserklärung und dem erwähnten Beschluß des Bundestages Rechnung zu tragen?
3. Ist die Regierung im Hinblick auf die große Not der Betroffenen und insbesondere mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Vorschußzahlungen der Länder mit dem 31. März 1950 enden, bereit, unverzüglich durch Rechtsverordnung diese dringende Frage ihrer praktischen Lösung zuzuführen und zwar so, daß die Auszahlungen spätestens mit Wirkung ab 1. April 1950 erfolgen können?

Bonn, den 9. März 1950

Dr. Kather	Wackerzapp	Kuntscher
Brookmann	Heix	Dr. Oesterle
Siebel	Kahn	Glüsing
Even	Degener	Frau Dr. Brökelschen
Giencke	Dr. Vogel	Dr. Jaeger
Dr. Ehlers	Mehs	Hoppe
Dr. Götz	Edert	Graf von Spreti
Ehren	Pfender	Kemmer
Eckstein	Hagge	Winkelheide
Gerns	Dr. Schatz	Schmitt (Mainz)
Stücklen	Dr. Baur (Württemberg)	

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Str. 30